

# Beck'sches Mandatshandbuch Zivilrechtliche Berufung

Bearbeitet von  
Von Norman Doukoff, M.A., Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a.D.

6. Auflage 2018. Buch. LIV, 465 S. Gebunden  
ISBN 978 3 406 70968 5  
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht  
allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Doukoff  
Beck'sches Mandatshandbuch  
Zivilrechtliche Berufung

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Form ist die geschworene Feindin der Willkür,  
die Zwillingsschwester der Freiheit.

*Rudolf v. Jhering*

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Beck'sches  
Mandats  
Handbuch

# Zivilrechtliche Berufung

von

**Norman Doukoff, M. A.**

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a. D.

beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

6., völlig neubearbeitete Auflage 2018



Zitiervorschlag:  
*Doukoff* Zivilrechtliche Berufung Rn. ...

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, lowercase, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three small, solid red circles of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, all-caps, sans-serif font.  
beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 70968 5

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH  
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort zur 6. Auflage

Die 1. Auflage erschien 1998, seit der Voraufgabe sind vier Jahre vergangen. Die große ZPO-Reform liegt nun 15 Jahre zurück. Manches hat sich geklärt, neue Fragen sind aufgetaucht. Den durch den Lauf der Zeit gewandelten Bedürfnissen der hier angesprochenen Praktiker galt es Rechnung zu tragen, ebenso den Erfahrungen in der Arbeit mit dem Gesetz und der wissenschaftlichen Diskussion, was auch ein verschiedentliches Überdenken hier eingenommener Standpunkte notwendig machte. An der Zielsetzung der Darstellung, wie sie im Vorwort zur 4. Auflage beschrieben wurde, hat sich dagegen nichts geändert. Das dem Buch vorangestellte Diktum *Rudolf v. Jherings* ist nach wie vor Richtschnur.

Das Werk wurde deshalb grundlegend überarbeitet: Die Gliederung wurde übersichtlicher gestaltet. Der Text wurde Satz für Satz überprüft und teilweise völlig neu geschrieben. Die Behandlung mittlerweile geklärter Fragen wurde gestrafft, dafür die Erörterung praxisrelevanter Themen wie etwa die Schlusserörterung, die Tatbestandsberichtigung, die Beweiswürdigung und die Berufungsbeschlusszurückweisung erheblich ausgeweitet. Die Gesetzesänderungen seit der letzten Auflage wurden eingearbeitet. Die Hinweise im Text zu weiterführender Literatur wurden erweitert. Gestrafft wurden die Belege bei Vorliegen einer unstrittigen höchstrichterlichen Rechtsprechung; der Vollständigkeitsanspruch wurde aber nicht aufzugeben, worin ich mich nicht zuletzt durch den schönen Vortrag von *Teplitzky* (GRUR 2015, 201 ff.) bestärkt gesehen habe. Die Muster im Anhang sind – unter Anpassung an die moderne Satzgestaltung – auf vielfachen Leserwunsch beibehalten worden. Schließlich wurde auch das Stichwortverzeichnis überarbeitet.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand 15.10.2017, spätere Entwicklungen sind, soweit es die Drucklegung noch erlaubte, eingearbeitet worden.

Danken möchte ich wiederum zuerst meiner Frau, Rechtsanwältin Beate Doukoff, für die erneute Vermittlung der anwaltlichen Sichtweise, zahlreiche Verbesserungsvorschläge und nicht zuletzt für geopferte gemeinsame Zeit. Danken möchte ich auch meinen früheren Kollegen im 10. Zivilsenat des Oberlandesgerichts München für die langjährige Möglichkeit, verschiedene Fragen eingehend zu erörtern, sowie Herrn RiVGH a.D. Ramón Grote (Dachau) für die Überlassung seiner umfassenden und laufend aktualisierten leitsatzartigen Auswertung der gesamten höchstrichterlichen Rechtsprechung zum rechtlichen Gehör. Mein Dank gilt schließlich in ganz besonderem Maße dem Verlag C.H. Beck für die Ermöglichung einer Neuauflage und die großzügige technische Unterstützung.

Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge, die stets sorgfältig geprüft und meist auch aufgegriffen werden, bin ich auch in Zukunft dankbar. Sie können an den Verlag, aber auch per E-Mail direkt an mich unter der Adresse [mitteilung@zivilrechtliche-berufung.de](mailto:mitteilung@zivilrechtliche-berufung.de) gesandt werden.

Laufende Aktualisierungen und Ergänzungen finden Sie online unter [www.zivilrechtliche-berufung.de](http://www.zivilrechtliche-berufung.de).

München, im Oktober 2017

*Norman Doukoff*

## Aus dem Vorwort zur 4. Auflage

Das vorliegende Buch [...] möchte zu allererst dem Anwalt bei der Bearbeitung eines berufsrechtlichen Mandats konkrete Hilfe bieten; darüber hinaus soll es allen anderen mit dem zivilprozessualen Berufsrecht Befassten als aktuelles Nachschlagewerk dienen.

[...]

## **Vorwort**

---

Eine an den Bedürfnissen des anwaltlichen Praktikers ausgerichtete Darstellung muß auch Handlungsspielräume aufzeigen. Dabei sind aber Einseitigkeiten zu vermeiden; konfrontative Strategien in Anlehnung an die Konfliktverteidigung oder minimalistische Ausrichtung an dem, was möglicherweise vom Bundesgerichtshof gerade noch toleriert wird, können nicht Leitlinien verantwortungsbewußten und sachorientierten anwaltlichen Handelns sein.

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis.....	IX
Abkürzungen .....	XXV
Literatur .....	XXXIII
Einleitung .....	1
<b>1. Teil. Die Vorbereitung der Berufung</b>	
§ 1 Vorbereitende Maßnahmen in der ersten Instanz.....	3
§ 2 Prüfung der Zulässigkeit .....	63
§ 3 Berufungsfrist und Berufungsgericht .....	86
§ 4 Klärung der Berufungsziele und des Berufungsumfangs .....	107
<b>2. Teil. Klärung der Berufungsgründe</b>	
§ 5 Der Berufungsgrund der fehlerhaften Rechtsanwendung .....	121
§ 6 Der Berufungsgrund der unrichtigen Tatsachenfeststellung .....	137
§ 7 Der Berufungsgrund der neuen Angriffs- oder Verteidigungsmittel .....	211
<b>3. Teil. Abschluss der Berufungsvorbereitung</b>	
§ 8 Prüfung kostenrechtlicher Aspekte .....	227
§ 9 Prüfung vollstreckungsbezogener Maßnahmen .....	242
§ 10 Die Beratung durch den Anwalt .....	248
<b>4. Teil. Berufungseinlegung und -begründung</b>	
§ 11 Die Berufungsschrift .....	257
§ 12 Die Berufungsbegründungsfrist .....	278
§ 13 Die Berufungsbegründungsschrift .....	293
<b>5. Teil. Verwerfung und Zurückweisung der Berufung</b>	
§ 14 Die Verwerfung der Berufung .....	327
§ 15 Die Zurückweisung der Berufung .....	330
<b>6. Teil. Die Verteidigung des Berufungsbeklagten</b>	
§ 16 Die Berufungserwiderung .....	367
§ 17 Die Anschlussberufung .....	370
<b>7. Teil. Die Berufungsverhandlung</b>	
§ 18 Die Vorbereitung der Verhandlung durch das Gericht .....	387
§ 19 Der Ablauf der Verhandlung .....	389
§ 20 Das Versäumnisverfahren .....	392
<b>8. Teil. Besondere Formen der Verfahrensbeendigung</b>	
§ 21 Der Berufungsverzicht .....	395
§ 22 Die Berufungsrücknahme .....	398
§ 23 Das Anerkenntnis .....	403
	VII



## Inhaltsübersicht

---

§ 24 Die Erledigung .....	404
§ 25 Der Prozessvergleich .....	408

### 9. Teil. Die Vorbereitung der Revision

Anhang: Muster .....	425
Stichwortverzeichnis .....	447

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungen .....	XXV
Literatur .....	XXXIII

Einleitung .....	1
------------------	---

### 1. Teil. Die Vorbereitung der Berufung

§ 1 Vorbereitende Maßnahmen in der ersten Instanz .....	3
A. Sachgerechte Klageerhebung und -erwiderung .....	3
I. Sachanträge .....	3
II. Umfang des Sachvortrags .....	5
1. Rückkehr der Eventualmaxime? .....	5
2. Stellungnahme .....	7
III. Schlüssigkeit und Substantiierung .....	9
1. Schlüssigkeit .....	9
2. Substantiierung .....	9
IV. Beachtung der Präklusionsregeln .....	13
1. Die Präklusion fristwidrigen Vorbringens (§ 296 Abs. 1 ZPO) .....	13
a) Vorliegen von Angriffs- oder Verteidigungsmitteln .....	13
b) Verspätung .....	15
aa) Präklusionsbegründende Fristen .....	15
bb) Ordnungsgemäße Fristsetzung .....	16
cc) Fristversäumung .....	18
c) Verzögerung .....	19
d) Verschulden .....	23
2. Die Präklusion verspäteten Vorbringens (§ 296 Abs. 2 ZPO) .....	24
3. Die Präklusion verspäteter Zulässigkeitsrügen (§ 296 Abs. 3 ZPO) .....	26
4. Die Präklusion im Versäumnisverfahren (§ 340 Abs. 3 ZPO) .....	27
5. Die Präklusion durch den Verhandlungsschluss (§ 296a ZPO) .....	28
6. Wirkung der Zurückweisung .....	29
V. Rechtsausführungen .....	29
VI. Verfahrensanträge .....	31
1. Vollstreckungsschutzantrag .....	31
a) Notwendigkeit .....	31
b) Form .....	32
c) Maßnahmen bei Übergehen des Antrags .....	32
2. Antrag auf Zulassung der Berufung .....	32
a) Die Zulassungsberufung im allgemeinen Zivilprozess .....	32
aa) Die Zulassungsgründe .....	33
bb) Anwaltliche Vorgehensweise .....	34
b) Die Zulassungsberufung im Arbeitsgerichtsverfahren .....	35
c) Berichtigung und Ergänzung der Nichtzulassung .....	35
aa) Allgemeiner Zivilprozess .....	35
bb) Arbeitsgerichtliches Verfahren .....	35
d) Anfechtung der Nichtzulassung .....	36

## Inhaltsverzeichnis

B. Mitwirken in der Beweisaufnahme und Schlusserörterung .....	36
I. Mitwirken in der Beweisaufnahme (§§ 284; 355–357; 361–484 ZPO) .....	36
1. Laufende Beachtung des § 295 ZPO .....	36
2. Ausübung des Fragerechts .....	37
3. Kontrolle der Aussagenprotokollierung .....	41
4. Antrag auf Vereidigung eines Zeugen .....	41
II. Mitwirken an der sog. Schlusserörterung (§§ 279 Abs. 3; 285 Abs. 1 ZPO) .....	42
1. Die Erörterungspflicht des Gerichts .....	42
a) Adressat der Verpflichtung .....	42
b) Zeitpunkt der Erörterung .....	42
c) Gegenstand der Schlusserörterung .....	42
aa) Erörterung des Sach- und Streitstandes .....	42
bb) Erörterung des Ergebnisses der Beweisaufnahme .....	42
2. Handlungsmöglichkeiten der Parteien .....	45
3. Bedeutung für die Berufung .....	46
C. Überprüfung des Protokolls und des Urteilstatbestands .....	48
I. Überprüfung des Protokolls .....	48
1. Bedeutung des erstinstanzlichen Protokolls für das Berufungsverfahren ..	48
2. Verfahren .....	48
3. Anfechtung .....	49
II. Überprüfung des Urteilstatbestands .....	49
1. Gegenstand der Beweiskraft .....	49
2. Positive und negative Beweiskraft .....	50
a) Die positive Beweiskraft .....	50
b) Die negative Beweiskraft .....	50
aa) Der traditionelle Standpunkt .....	50
bb) Der Standpunkt des V. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs .....	50
cc) Gegenwärtiger Meinungsstand .....	50
dd) Stellungnahme .....	52
3. Widerlegung der Beweiskraft .....	53
4. Die Bedeutung des Tatbestands für das Berufungsverfahren .....	54
a) Bestimmung des Prozessstoffs .....	54
b) Bestimmung der Neuheit eines Vortrags (§ 531 Abs. 2 ZPO) .....	54
c) Dokumentation richterlicher Hinweise gemäß § 139 ZPO .....	54
5. Die Tatbestandsberichtigung .....	55
a) Grundsätzliches .....	55
b) Frist und Form ☞ Muster 1 .....	56
aa) Frist .....	56
bb) Form .....	56
c) Die Entscheidung .....	57
aa) Zuständigkeit .....	57
bb) Verfahren und Entscheidung .....	58
cc) Rechtsbehelfe .....	58
d) Haftungsrechtlicher Hinweis .....	59
e) Gebührenrechtlicher Hinweis .....	59
D. Herbeiführung einer Urteilsergänzung (§ 321 ZPO) .....	59
I. Anwendungsbereich .....	59
II. Verfahren .....	61
E. Verschiebung der Urteilszustellung ☞ Muster 3 .....	61
§ 2 Prüfung der Zulässigkeit .....	63
A. Statthaftigkeit .....	63
I. Die Hauptsacheentscheidung eines Endurteils .....	63
1. Verzichtsurteile (§ 306 ZPO) .....	63

## Inhaltsverzeichnis

2. Anerkenntnisurteile (§ 307 ZPO) .....	64
3. Ergänzungsurteile (§ 321 ZPO) .....	64
4. Versäumnisurteile (§§ 330; 331 ZPO) .....	64
a) Das erste Versäumnisurteil .....	64
b) Das zweite Versäumnisurteil .....	65
c) Problemfälle .....	66
5. Zwischenurteile (§§ 280 Abs. 2 Satz 1; 302 Abs. 3, 599 Abs. 3; 304 Abs. 2 Hs. 1 ZPO) .....	67
6. Schlussurteile .....	68
7. Wohnraumräumungsurteile .....	68
8. Vorentscheidungen im ersten Rechtszug (§ 512 ZPO) .....	69
II. Die Kostenentscheidung .....	69
III. Die vorläufige Vollstreckbarkeit .....	70
IV. Sonderfälle .....	71
1. Nichturteile .....	71
2. Nichtige Urteile .....	72
3. Scheinurteile .....	73
4. Noch-nicht-Urteile .....	75
B. Überschreiten des Werts des Beschwerdegegenstands oder Zulassung .....	76
I. Die Wertberufung .....	76
1. Der Begriff des „Werts des Beschwerdegegenstands“ .....	76
a) Beschwer .....	76
b) Wert der Beschwer, Wert des Beschwerdegegenstands und Rechts- mittelstreitwert .....	80
2. Der erforderliche Wert des Beschwerdegegenstands .....	80
a) Grundsatz .....	80
b) Ausnahmen .....	82
3. Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen des erforderlichen Werts des Beschwerdegegenstands .....	82
II. Die Zulassungsberufung .....	84
C. Die sog. Ausnahmeberufung .....	84
I. Rechtslage bis 2002 .....	84
II. Das ZPO-Reformgesetz und das Anhörungsrüdigengesetz .....	84
III. Heutige Rechtslage .....	85
§ 3 Berufungsfrist und Berufungsgericht .....	86
A. Die Berufungsfrist .....	86
I. Dauer .....	86
II. Beginn .....	86
1. Normalfall .....	86
a) Allgemeiner Zivilprozess .....	86
b) Arbeitsgerichtsverfahren .....	87
2. Sonderfälle .....	88
a) Berichtigung und Tatbestandsberichtigung .....	88
b) Ergänzungsurteil .....	88
c) Fehlende oder unwirksame Zustellung .....	88
d) Insolvenzverfahren .....	90
III. Ende .....	90
IV. Verlängerung .....	93
V. Die Wiedereinsetzung .....	93
VI. Umdeutung einer verfristeten Berufung .....	102

## Inhaltsverzeichnis

---

B. Das Berufungsgericht .....	102
I. Die Berufungsgerichte im allgemeinen .....	102
1. Berufungen gegen amtsgerichtliche Urteile .....	102
2. Berufungen gegen erstinstanzliche landgerichtliche Urteile .....	102
3. Berufungen gegen Urteile der Arbeitsgerichte .....	103
4. Berufungen gegen Urteile der Nichtigkeitssenate des Bundespatentgerichts .....	103
II. Auswärtige Spruchkörper .....	103
III. Besonderheiten bei Zuständigkeitskonzentrationen .....	103
<b>§ 4 Klärung der Berufungsziele und des Berufungsumfangs .....</b>	<b>107</b>
A. Klärung der Berufungsziele .....	108
B. Klärung des Berufungsumfangs .....	109
I. Erweiterung des Streitstoffs .....	109
1. Grundsätze .....	109
2. Besondere Regeln .....	110
a) Keine isolierte Klageänderung .....	110
b) Präklusionsrechtliche Beschränkungen von Klageänderung, Widerklage und Aufrechnung in der Berufungsinstanz .....	112
aa) Anwendungsbereich .....	112
bb) Voraussetzungen .....	113
II. Abstandnahme vom Urkundenprozess .....	115
III. Parteierweiterung und Parteiwechsel .....	115
1. Die Parteierweiterung .....	115
2. Der Parteiwechsel .....	116
a) Normalfall des Parteiwechsels .....	116
b) Berufungseinlegung und/oder -begründung durch einen Dritten .....	117
aa) Berufungseinlegung durch eine Nichtpartei .....	117
bb) Berufungsbegründung durch eine Nichtpartei .....	118
IV. Sonderfall: § 124 Abs. 1 VVG .....	118
1. Grundsätzliches .....	118
2. Einzelfragen .....	119
a) Personale Reichweite der Rechtskrafterstreckung .....	119
b) Verfahrenskonstellationen .....	119

## 2. Teil. Klärung der Berufungsgründe

<b>§ 5 Der Berufungsgrund der fehlerhaften Rechtsanwendung .....</b>	<b>121</b>
A. Verletzung des materiellen Rechts .....	123
B. Verfahrensfehler .....	124
I. Von Amts wegen zu beachtende Verfahrensvorschriften .....	124
1. Generell von Amts wegen zu beachtende Verfahrensvorschriften. ....	124
2. Verstöße gegen Rechtsweg- und Zuständigkeitsnormen .....	125
II. Nicht von Amts wegen zu beachtende und verzichtbare Verfahrensvorschriften .....	127
1. Grundsätze .....	127
2. Die Verfahrensrüge der Verletzung der Hinweispflicht .....	128
a) Allgemeiner Zivilprozess .....	128
b) Arbeitsgerichtsprozess .....	135
aa) Allgemeine Hinweispflicht .....	135
bb) Hinweispflicht nach § 6 Satz 2 KSchG .....	135
III. Kausalität .....	136

## Inhaltsverzeichnis

§ 6 Der Berufungsgrund der unrichtigen Tatsachenfeststellung .....	137
A. Erinstanzlich „festgestellte Tatsachen“ .....	137
I. Zum Sprachsinne des Tatbestandsmerkmals „festgestellte Tatsachen“ .....	137
II. Das Tatbestandsmerkmal „festgestellte Tatsachen“ im System der Zivilprozessordnung .....	138
1. Grundsätzliches .....	138
a) Die Definition des Bundesgerichtshofs .....	138
b) Kritik der Definition .....	138
aa) Die offenkundigen Tatsachen .....	138
bb) Die unstrittig gestellten oder zugestandenen Tatsachen .....	140
2. Parteivorbringen .....	141
B. Konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit .....	141
I. Übergehen oder Verkennen von Parteivortrag .....	142
1. Übergehen von Parteivortrag .....	142
2. Verkennen von Parteivortrag .....	142
II. Verkennen der Beweislast .....	143
III. Übergehen von Beweisanträgen .....	144
1. Die Ablehnung von Beweisanträgen .....	144
a) Ablehnungsgründe .....	144
b) Form der Ablehnung .....	144
c) Folgen einer fehlerhaften Ablehnung .....	144
2. Die einzelnen Ablehnungsgründe .....	145
a) Fehlende Beweiserhebungsbedürftigkeit .....	145
b) Unzulässigkeit oder Unmöglichkeit der Beweiserhebung .....	150
3. Die Beweisaufnahme von Amts wegen .....	158
a) Grundsätzliches .....	158
aa) Amtswegige Beweisaufnahme und Beibringungsgrundsatz .....	158
bb) Rechtsvergleichende Überlegungen .....	160
b) Das richterliche Ermessen .....	160
c) Einzelfälle .....	161
aa) Urkundenbeweis .....	161
bb) Augenschein .....	162
cc) Sachverständigenbeweis .....	163
dd) Einholung amtlicher Auskünfte .....	163
ee) Ermittlung fremden Rechts etc .....	163
ff) Parteivernehmung .....	164
IV. Fehlerhafte Beweisaufnahme .....	164
1. Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör .....	164
a) Grundsätzliches .....	164
b) Fälle der Parteianhörung von Amts wegen .....	165
c) Arbeitsgerichtsprozess .....	169
2. Nichtbeteiligung der Sachverständigen an der Parteianhörung/ -vernehmung und Zeugeneinvernahme .....	169
3. Fehlerhafte Behandlung von Privatgutachten .....	169
V. Fehlerhafte Beweiswürdigung .....	171
1. Der Begriff des Beweiswürdigungsfehlers .....	173
2. Anforderungen an die äußere Form der Beweiswürdigung .....	173
3. Die inhaltliche Seite der Beweiswürdigung .....	175
a) Beweismaß .....	175
aa) Vollbeweis (§ 286 Abs. 1 Satz 1 ZPO) .....	175
bb) Schätzung (§ 287 ZPO) .....	176
cc) Gesetzliche Beweisregeln (§ 286 Abs. 2 ZPO) .....	176
dd) Plausibilität (§ 84a Abs. 1 Satz 1 AMG) .....	176
b) Gesamtschau .....	176

## Inhaltsverzeichnis

---

4. Einzelheiten zur inhaltlichen Seite der Beweiswürdigung .....	178
a) Parteivortrag und -verhalten .....	178
aa) Beweisvereitelung .....	178
bb) Bewusst unzureichend substantiiertes Bestreiten .....	180
cc) Verstöße gegen die Wahrheitspflicht (§ 138 Abs. 1 ZPO) .....	180
dd) Erteilung von Falschinformationen .....	180
ee) Verweigerung einer Antwort oder Auskunft .....	180
ff) Nichtvorlage nach § 142 ZPO angeforderter Unterlagen .....	181
gg) Unentschuldigtes Ausbleiben einer geladenen Partei .....	181
hh) Wechselnder Parteivortrag .....	181
b) Zeugen .....	182
aa) Grundsätzliches .....	182
bb) Einzelfragen .....	183
c) Sachverständigengutachten .....	188
aa) Formale Sachkompetenz des Sachverständigen .....	192
bb) Einhaltung der formalen Standards .....	194
cc) Vollständige Verwertung der Anknüpfungstatsachen .....	197
dd) Gesetzmäßigkeit der Befunderhebung .....	198
ee) Richtigkeit der dem Gutachten zugrundeliegenden juristischen Vorstellungen .....	199
ff) Vollständigkeit, Schlüssigkeit und Nachvollziehbarkeit der Argumentation .....	201
d) Fehlerhafte Behandlung des Anscheinsbeweises .....	204
aa) Rechtsnatur des Anscheinsbeweises .....	204
bb) Voraussetzungen des Anscheinsbeweises .....	204
cc) Hauptfehler bei der Anwendung des Anscheinsbeweises .....	206
e) Unvereinbarkeit mit „lediglich bei dem Berufungsgericht gerichtskundigen Tatsachen“ .....	206
C. Zweifel .....	206
I. Die Vorstellungen des Reformgesetzgebers .....	207
II. Die Praxis .....	207
D. Gebotensein neuer Feststellungen .....	208
§ 7 Der Berufungsgrund der neuen Angriffs- oder Verteidigungsmittel .....	211
A. Die vertikale (instanzübergreifende) Präklusion .....	211
I. Das Novenrecht im Allgemeinen .....	211
II. Die einzelnen Präklusionstatbestände .....	212
1. Sog. altes Vorbringen .....	212
2. Neuer Tatsachenvortrag im Übrigen .....	212
a) Allgemeiner Zivilprozess .....	212
aa) § 531 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 ZPO .....	212
bb) § 531 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 ZPO .....	213
b) Arbeitsgerichtsverfahren .....	223
3. Verzichtbaren Zulässigkeitsrügen .....	223
4. Klageänderung, Widerklage und Aufrechnung .....	223
5. Verfahrensrügen .....	224
B. Die horizontale (berufungsinstanzliche) Präklusion .....	224
I. Die Pflichten des Berufungsklägers .....	224
II. Die Pflichten des Berufungsbeklagten .....	224

**3. Teil. Abschluss der Berufungsvorbereitung**

<b>§ 8 Prüfung kostenrechtlicher Aspekte</b>	227
A. Kosten	227
I. Der Streitwert	227
II. Kostentragung	227
III. Die Höhe der Kosten und Gebühren	229
B. Kostenrisikomindernde Maßnahmen	229
I. Berufungseinlegung „zur Fristwahrung“	229
1. Zulässigkeit	229
2. Kostenerstattungspflicht bei späterer Berufungsrücknahme	229
II. Stellung eines Teilantrags	230
1. Der Teilantrag mit umfassender Begründung	230
2. Die sog. fingierten Anträge	230
C. Kostentragung durch Dritte	231
I. Kostendeckung durch die Rechtsschutzversicherung	232
1. Grundsätzliches	232
2. Rechtsschutzversicherung und Prozesskostenhilfe	233
II. Prozesskostenhilfe	233
1. Berufungseinlegung unter gleichzeitiger oder nachfolgender Beantragung von Prozesskostenhilfe	233
2. Beantragung von Prozesskostenhilfe und „beabsichtigte Berufung“	234
3. Berufung „falls Prozesskostenhilfe bewilligt wird“ o. ä.	234
4. Berufung „mit der Bitte, sie bis zur Entscheidung über die Prozess- kostenhilfebewilligung zu den Akten zu nehmen“ o. ä.	235
5. Isolierter Prozesskostenhilfefantrag  Muster 4	235
a) Antragstellung	235
b) Weiterer Verfahrensgang	238
aa) Entscheidung vor Ablauf der Berufungsfrist	238
bb) Entscheidung nach Ablauf der Berufungsfrist, aber vor Ablauf der Berufungsbegründungsfrist	238
cc) Entscheidung nach Ablauf der Berufsungs- und Berufungs- begründungsfrist	239
III. Kostendeckung durch sonstige private Dritte	241
<b>§ 9 Prüfung vollstreckungsbezogener Maßnahmen</b>	<b>242</b>
A. Ergänzung des Urteils	242
B. Vorabentscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit	242
I. Voraussetzungen	242
II. Entscheidung	243
III. Gebührenrechtlicher Hinweis	243
C. Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	243
I. Zulässigkeit	243
II. Formalien	244
III. Materielle Voraussetzungen und Erfolgsaussichten	244
IV. Entscheidung und Anfechtbarkeit	245
V. Gebührenrechtlicher Hinweis	245



## Inhaltsverzeichnis

---

D. Unbedingtheitserklärung .....	245
I. Anwendungsbereich des § 537 Abs. 1 ZPO .....	245
1. Allgemeiner Zivilprozess .....	245
2. Arbeitsgerichtsprozess .....	245
II. Der Antrag .....	246
III. Gebührenrechtlicher Hinweis .....	246
1. Gebührentatbestand .....	246
2. Gebührenhöhe .....	247
3. Gegenstandswert .....	247
<b>§ 10 Die Beratung durch den Anwalt .....</b>	<b>248</b>
A. Die Beratungspflicht .....	248
B. Art und Weise der Beratung .....	250
I. Nachdrücklichkeit der Beratung .....	250
II. Form .....	251
III. Herbeiführung einer definitiven Entscheidung des Mandanten .....	251
C. Gebühren .....	253
I. Übersendung und Besprechung des Urteils durch den erstinstanzlichen Anwalt .....	253
II. Beratung über die Erfolgsaussichten einer Berufung .....	254
1. Prüfung der Erfolgsaussichten einer Berufung, Nr. 2100 VV-RVG .....	254
a) Gebührentatbestand .....	254
b) Gebührenhöhe .....	254
c) Gegenstandswert .....	254
2. Schriftliches Gutachten über die Erfolgsaussichten einer Berufung, Nr. 2101 VV-RVG .....	254
a) Gebührentatbestand .....	254
b) Gebührenhöhe .....	254
III. Gutachtliche Äußerung anlässlich der Übersendung der Handakten an den Rechtsanwalt der Berufungsinstanz .....	254
1. Gebührentatbestand .....	254
2. Gebührenhöhe .....	255
IV. Beratung im Rahmen eines Berufungsmandats .....	255
1. Gebührentatbestand .....	255
2. Gebührenhöhe .....	255
<b>4. Teil. Berufungseinlegung und -begründung</b>	
<b>§ 11 Die Berufungsschrift .....</b>	<b>257</b>
A. Muster .....	257
B. Erläuterungen .....	258
I. Adressat .....	258
II. Bezeichnung der Parteien und Angabe der Parteirollen .....	259
1. Bezeichnung der Parteien .....	259
2. Angabe der Parteirollen .....	259
a) Grundsätzliches .....	259
b) Sonderfälle .....	260
III. Angabe des Prozessbevollmächtigten des Berufungsbeklagten .....	261
IV. Kurzbezeichnung des Streitgegenstands (Betreff) .....	261
V. Bezeichnung des angefochtenen Urteils und des erstinstanzlichen Gerichts ..	261
1. Bezeichnung des angefochtenen Urteils .....	262
2. Bezeichnung des erstinstanzlichen Gerichts .....	263

## Inhaltsverzeichnis

VI. Erklärung, dass Berufung eingelegt wird .....	264
VII. Berufungsanträge und Berufungsbegründung .....	264
1. Grundsätzliches .....	264
2. Notwendigkeit einer sofortigen Begründung .....	264
VIII. Beifügung einer Urteilsausfertigung/beglaubigten Abschrift .....	266
IX. Abschriften der Berufungsschrift .....	267
X. Unterzeichnung durch einen zugelassenen Rechtsanwalt .....	267
1. Zugelassener Rechtsanwalt .....	267
a) Berufungseinlegung durch eine Partei .....	267
b) Unterzeichnung durch angestellten Rechtsanwalt .....	267
c) Unterzeichnung durch Syndikusrechtsanwalt .....	268
d) Unterzeichnung durch Verbandsvertreter .....	268
2. Formalien der Unterzeichnung .....	268
XI. Berufungseinlegung und moderne Kommunikationsmöglichkeiten .....	270
1. Traditionelle technische Übermittlungsformen .....	270
2. Telefax .....	270
a) Begriffe .....	270
b) Zulässigkeit .....	271
c) Unterschrift .....	271
d) Kein Nachreichen des „Originalschriftsatzes“ .....	272
e) Abschriften .....	273
f) Fristenkontrolle .....	273
3. Berufungseinlegung per E-Mail und E-Post .....	274
a) Berufungseinlegung per E-Mail .....	274
b) Berufungseinlegung per E-Post .....	275
4. Berufungseinlegung und elektronischer Rechtsverkehr .....	275
a) Gegenwärtige Rechtslage .....	275
b) Rechtslage ab dem 1.1.2018 .....	276
c) Rechtslage ab dem 1.1.2022 .....	276
5. Telefonische Berufungseinlegung .....	276
XII. Die mehrfache Berufungseinlegung .....	276
<b>§ 12 Die Berufungsbegründungsfrist .....</b>	<b>278</b>
A. Grundsätze .....	278
I. Dauer .....	278
II. Beginn und Ende .....	278
1. Grundsätzliches .....	278
2. Berechnung .....	278
3. Sonderfälle .....	278
a) Berichtigung und Tatbestandsberichtigung .....	278
b) Ergänzungsurteil .....	279
c) Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens .....	279
d) Sommerpause .....	279
e) Aufgehobener Verwerfungsbeschluss .....	279
f) Prozesskostenhilfeantrag .....	279
g) Mediation .....	279
III. Wiedereinsetzung .....	280
B. Die Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist .....	280
I. Der Verlängerungsantrag .....	280
1. Vorliegen eines Verlängerungstatbestandes .....	280
a) Einwilligung des Gegners .....	280
b) Nichtverzögerung des Rechtsstreits oder Vorliegen erheblicher Gründe .....	280

## Inhaltsverzeichnis

---

2. Formgerechter Antrag ☞ Muster 7 .....	283
a) Schriftlicher Antrag .....	283
b) Inhalt .....	283
3. Rechtzeitige Antragstellung .....	287
II. Die Entscheidung .....	287
1. Aufschiebende Wirkung des Verlängerungsantrags .....	287
2. Die Entscheidung .....	288
a) Zuständigkeit .....	288
b) Entscheidungsmaßstab .....	288
c) Umfang der Bewilligung .....	288
d) Zeitpunkt der Entscheidung .....	289
e) Form der Entscheidung .....	289
f) Bekanntmachung der Entscheidung .....	289
g) Anfechtung der Entscheidung .....	290
3. Dauer der Verlängerung .....	290
a) Fristbeginn .....	290
b) Fristende .....	290
c) Besonderheiten bei Insolvenzeröffnung .....	290
III. Bürotechnische Behandlung der Berufungsbegründungsfristverlängerung ...	291
<b>§ 13 Die Berufungsbegründungsschrift .....</b>	<b>293</b>
A. Die Bedeutung der Berufungsanträge .....	293
I. Die Doppelfunktion der Berufungsanträge .....	293
II. Erweiterung der Berufungsanträge .....	293
B. Die Formalien der Berufungsanträge .....	294
I. Sachanträge .....	295
II. Anträge auf Zurückverweisung .....	297
1. Allgemeiner Zivilprozess .....	297
2. Arbeitsgerichtsprozess .....	299
III. Sonstige Anträge .....	299
1. Kostenanträge .....	299
2. Vollstreckungsschutzanträge .....	301
3. Antrag auf Zulassung der Revision .....	301
4. Stellungnahme zur Übertragung des Rechtsstreits auf den entscheidenden Einzelrichter .....	302
C. Die Begründung der Berufungsanträge .....	304
I. Umfang des Berufungsangriffs .....	305
1. Bei mehreren prozessual selbständigen Ansprüchen .....	305
2. Bei selbständig entscheidbaren Teilen eines prozessualen Anspruchs .....	305
3. Bei einheitlichem prozessualen Streitgegenstand .....	306
a) Berufung des Klägers .....	306
b) Berufung des Beklagten .....	307
4. Zweites Versäumnisurteil .....	308
5. Kostenmischfälle .....	308
II. Inhaltliche Anforderungen an die Begründung .....	308
1. Grundsätzliches .....	308
2. Anforderungen an die einzelnen Berufungsrügen .....	308
a) Angriff gegen die rechtliche Auffassung des Ersturteils (§ 520 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 ZPO) .....	308
aa) Grundsätzliches .....	308
bb) Bezeichnung der Rechtsverletzung .....	309
cc) Darlegung der Erheblichkeit .....	313

## Inhaltsverzeichnis

b) Angriff gegen die tatsächlichen Feststellungen (§ 520 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 ZPO) .....	314
aa) Rüge der Nichterhebung von Beweisen .....	314
bb) Beanstandung der Beweiswürdigung .....	316
c) Berufung mit neuen Tatsachen oder Beweisen (§ 520 Abs. 3 Satz 2 Nr. 4 ZPO) .....	317
3. Ausführungen zu den Erfolgsaussichten oder zur grundsätzlichen Bedeutung .....	317
III. Formale Anforderungen an die Begründung .....	318
1. Disposition und Stil .....	318
2. Bezugnahmen .....	319
a) Pauschale ersetzende Bezugnahmen .....	319
b) Pauschale ergänzende Bezugnahmen .....	320
c) Konkret ersetzende Bezugnahmen .....	320
aa) Unzulässige Bezugnahmen .....	320
bb) Zulässige Bezugnahmen .....	321
3. „Bitte um Hinweise nach § 139 ZPO“ .....	322
IV. Angabe des Werts des Beschwerdegegenstands .....	323
V. Die Unterschrift des Berufungsanwalts .....	323
1. Grundsatz .....	323
2. Einzelheiten .....	324
a) Sinn des Unterschriftserfordernisses .....	324
b) Prüfungsmaßstab .....	324
c) Beispiele aus der Rechtsprechung .....	324
VI. Abschriften .....	326
<b>5. Teil. Verwerfung und Zurückweisung der Berufung</b>	
<b>§ 14 Die Verwerfung der Berufung .....</b>	<b>327</b>
A. Verfahren .....	327
I. Allgemeiner Zivilprozess .....	327
1. Verfahren im einzelnen .....	327
2. Kostenerstattung .....	327
II. Arbeitsgerichtliches Verfahren .....	328
B. Anfechtung .....	328
I. Statthafes Rechtsmittel .....	328
1. Allgemeiner Zivilprozess .....	328
2. Arbeitsgerichtliches Verfahren .....	328
II. Frist .....	329
1. Allgemeiner Zivilprozess .....	329
2. Arbeitsgerichtliches Verfahren .....	329
III. Form .....	329
1. Allgemeiner Zivilprozess .....	329
2. Arbeitsgerichtliches Verfahren .....	329
IV. Zusammenfassung .....	329
<b>§ 15 Die Zurückweisung der Berufung .....</b>	<b>330</b>
A. Gesetzgebungsgeschichte .....	330
I. Die Entwicklung bis zum ZPO-Reformgesetz von 2002 .....	331
1. Vor 1945 .....	331
2. Nach 1945 .....	332
a) 1945 bis 1989 .....	332
b) 1989 bis 1998 .....	332

## Inhaltsverzeichnis

---

II. § 522 Abs. 2 ZPO i. d. F. des ZPO-Reformgesetzes .....	334
III. Die Reform 2011 .....	334
1. Anlass für die Reform .....	335
2. Das Gesetzgebungsverfahren 2008/2011 .....	337
IV. Und kein Ende der Diskussion .....	337
B. Verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Fragen .....	339
C. Die sachlichen Voraussetzungen .....	340
I. Gebotensein einer mündlichen Verhandlung (§ 522 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 ZPO) .....	340
1. Fallgruppe 1: Existentielle Bedeutung des Rechtsstreits für den Berufungsführer .....	340
a) Die Vorstellungen des Gesetzgebers .....	340
b) Kritik und Interpretation .....	340
c) Praktische Fragen .....	342
2. Fallgruppe 2: Notwendigkeit einer Neubegründung des Urteils durch das Berufungsgericht .....	343
a) Die Vorstellungen des Gesetzgebers .....	343
b) Kritik und Interpretation .....	343
3. Terminierung zur Herbeiführung einer gütlichen Einigung .....	345
4. Zusammenfassende Beurteilung .....	345
II. Offensichtliche Aussichtslosigkeit (§ 522 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 ZPO) .....	345
1. Der Sinngehalt des Tatbestandsmerkmals „offensichtlich“ nach den Vorstellungen des Rechtsausschusses .....	345
2. Interpretationshinweise für die Praxis .....	346
a) „Offensichtliche Aussichtslosigkeit“ in anderen prozessualen Normen .....	346
b) Materiales Verständnis des Merkmals „offensichtlich“ .....	346
c) Der Prüfungsaufwand .....	347
d) Die Qualifikation des Beurteilers .....	347
e) Der Sonderfall der offenbaren Unrichtigkeit des Ersturteils .....	348
3. Zusammenfassung .....	348
III. Grundsätzliche Bedeutung (§ 522 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 ZPO) .....	349
IV. Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Recht- sprechung (§ 522 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 ZPO) .....	349
V. Sonderkonstellationen .....	349
1. Teilzurückweisung .....	349
2. Klageänderung/-erweiterung u. ä. ....	350
3. Erledigung der Hauptsache .....	350
4. Bewilligung einer Räumungsfrist .....	350
D. Das Verfahren .....	351
I. Meinungsbildung des Gerichts .....	351
1. Zeitpunkt .....	351
2. Die grundsätzliche Entscheidung des Berufungsgerichts .....	353
II. Der Hinweis nach § 522 Abs. 2 Satz 2 ZPO .....	354
1. Grundsätzliches .....	354
2. Umfang der Begründung .....	355
3. Länge der Äußerungsfrist .....	356
4. Zustellung des Hinweises .....	357
III. Die Reaktion des Berufungsführers .....	358
1. Grundsätzliches .....	358
2. Taugliche Reaktionsmöglichkeiten .....	358
a) Hinweisreplik .....	358
b) Berufungsrücknahme .....	359

## Inhaltsverzeichnis

3. Nicht zielführende Reaktionen .....	359
a) Ablehnung der Richter wegen Besorgnis der Befangenheit .....	359
b) Unterlassen einer Stellungnahme .....	359
IV. Der Zurückweisungsbeschluss .....	359
E. Anfechtbarkeit .....	361
I. Rechtsmittel .....	361
1. Anfechtung der Hinweisverfügung oder des Hinweisbeschlusses .....	361
2. Anfechtung des Zurückweisungsbeschlusses .....	361
a) Wert der Beschwer bis zu 20.000 € .....	361
b) Wert der Beschwer über 20.000 € .....	361
II. Sonstige Rechtsbehelfe .....	361
1. Gehörsrüge .....	361
a) Statthaftigkeit .....	361
aa) Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör .....	361
bb) Kein anderweitiges Rechtsmittel .....	363
b) Frist und Form .....	363
c) Inhalt .....	363
d) Entscheidung .....	363
e) Anfechtung .....	363
2. Gegenvorstellung .....	363
3. Restitutionsklage .....	364
4. Verfassungsbeschwerde .....	364
F. Kosten .....	364

## 6. Teil. Die Verteidigung des Berufungsbeklagten

§ 16 Die Berufungserwiderung .....	367
A. Notwendigkeit einer Berufungserwiderung .....	367
B. Form und Inhalt der Berufungserwiderung ☞ Muster 9 .....	369
§ 17 Die Anschlussberufung .....	370
A. Grundsätzliches .....	370
I. Systematik, Rechtsnatur und Zweck .....	370
II. Anschließungsberechtigter .....	370
III. Beschwer, Rechtsschutzbedürfnis und Wert des Beschwerdegegenstandes ...	371
1. Beschwer und Rechtsschutzbedürfnis .....	371
2. Wert des Beschwerdegegenstandes .....	371
B. Typische Anwendungsfälle .....	372
I. Allgemeiner Zivilprozess .....	372
II. Arbeitsgerichtsverfahren .....	375
1. Weiterverfolgung eines erstinstanzlichen Auflösungsantrags .....	375
2. Erstmaliger Auflösungsantrag in zweiter Instanz .....	375
III. Familiengerichtliches Verfahren .....	376
C. Formalien .....	376
I. Form ☞ Muster 11 .....	376
II. Frist .....	377
1. Grundsatz .....	377
a) Allgemeiner Zivilprozess .....	377
aa) Fristdauer .....	377
bb) Verlängerung und Wiedereinsetzung .....	378
cc) Erweiterung oder Änderung des Antrags .....	378
b) Arbeitsgerichtsprozess .....	378

## Inhaltsverzeichnis

---

2. Sonderfälle .....	379
a) Eintritt oder Veränderung anschlussberechtigender Umstände nach Ablauf der Anschlussberufungsfrist .....	379
b) Auflösungsantrag im Kündigungsschutzprozess .....	379
III. Hilfsanschlussberufung .....	379
IV. Begründung .....	380
1. Zeitpunkt .....	380
2. Inhalt .....	381
a) Antrag .....	381
b) Begründung .....	381
D. Kosten .....	382
I. Verwerfung oder Zurückweisung der Hauptberufung .....	382
II. Verwerfung oder Zurückweisung der Anschlussberufung .....	383
III. Verwerfung oder Zurückweisung von Haupt- und Anschlussberufung .....	383
IV. Rücknahme oder Erledigung der Hauptberufung oder Vergleich im Verfahren über die Hauptberufung .....	384
1. Rücknahme der Hauptberufung vor Einlegung der Anschlussberufung ..	384
2. Rücknahme der Hauptberufung nach Einlegung der Anschlussberufung	384
3. Erledigterklärung der Hauptsache .....	385
4. Vergleich im Verfahren über die Hauptberufung .....	385

### 7. Teil. Die Berufungsverhandlung

§ 18 Die Vorbereitung der Verhandlung durch das Gericht .....	387
A. Terminierung .....	387
B. Rechtliche Hinweise .....	387
§ 19 Der Ablauf der Verhandlung .....	389
A. Grundsätzliches .....	389
B. Die anwaltliche Vorbereitung der Verhandlung .....	390
I. Die inhaltliche Vorbereitung .....	390
II. Die formale Vorbereitung .....	391
§ 20 Das Versäumnisverfahren .....	392
A. Risiken einer „Flucht in die Säumnis“ .....	392
I. Risiken für den berufungsführenden Kläger .....	392
1. Die Sperrwirkung des zweitinstanzlichen Versäumnisurteils .....	392
2. Die Säumnis im Wettbewerbsprozess .....	393
II. Risiken für den Beklagten .....	393
B. Der Verfahrensgang .....	393
C. Gebührenrechtliche Hinweise .....	394

### 8. Teil. Besondere Formen der Verfahrensbeendigung

§ 21 Der Berufungsverzicht .....	395
A. Der Berufungsverzicht gegenüber dem Gericht (§ 515 ZPO) .....	395
B. Der außergerichtliche Berufungsverzicht .....	397

## Inhaltsverzeichnis

§ 22 Die Berufungsrücknahme .....	398
A. Abgrenzungen .....	398
I. Berufungsrücknahme und Klagerücknahme .....	398
II. Berufungsrücknahme und Berufungsverzicht .....	398
III. Berufungsrücknahme und Erledigterklärung .....	398
B. Verfahren .....	399
I. Form der Rücknahme .....	399
II. Zeitpunkt .....	400
III. Zustimmung seitens des Gegners .....	400
IV. Wirkung der Berufungsrücknahme .....	401
V. Kostenfolge .....	401
VI. Die gerichtliche Entscheidung .....	401
C. Gebührenrechtlicher Hinweis .....	402
§ 23 Das Anerkenntnis .....	403
§ 24 Die Erledigung .....	404
A. Die Erledigung der Hauptsache .....	404
I. Erledigendes Ereignis zwischen den Instanzen .....	404
1. Ausgangslage .....	404
2. Zulässigkeit einer Berufung zur einseitigen Erklärung der Erledigung .....	405
II. Erledigendes Ereignis nach Einlegung der Berufung .....	405
III. Verfahren .....	405
B. Die Erledigung der Berufung .....	406
I. Zulässigkeit der Erledigterklärung .....	406
II. Fallgruppen .....	406
III. Verfahren .....	407
§ 25 Der Prozessvergleich .....	408
A. Typische Regelungsmöglichkeiten .....	408
I. Regelungen der Hauptsache .....	408
II. Widerrufs- und Bestätigungsvorbehalt .....	412
1. Widerrufsvorbehalt .....	412
a) Der Adressat .....	412
b) Die Form .....	413
c) Die Frist .....	414
2. Bestätigungsvorbehalt .....	415
B. Kosten- und Gebührenfragen .....	415
I. Kosten .....	415
1. Grundsätzliches .....	415
a) Die Grundnorm des § 98 ZPO .....	415
b) Möglichkeiten der Minimierung der Kostenlast .....	415
2. Sonderfälle .....	416
a) Beteiligung von Rechtsschutzversicherungen .....	416
b) Beteiligung einer prozesskostenhilfeberechtigten Partei .....	418
aa) Kostenhaftung der prozesskostenhilfeberechtigten Partei .....	418
bb) Kostenhaftung der nicht prozesskostenhilfeberechtigten Partei .....	418
c) Berufungsrücknahme aufgrund eines Vergleichs .....	419
II. Gebühren .....	419
C. Haftungsrechtliche Hinweise .....	420



## Inhaltsverzeichnis

---

<b>9. Teil. Die Vorbereitung der Revision.....</b>	<b>423</b>
Anhang: Muster .....	425
Stichwortverzeichnis .....	447

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG